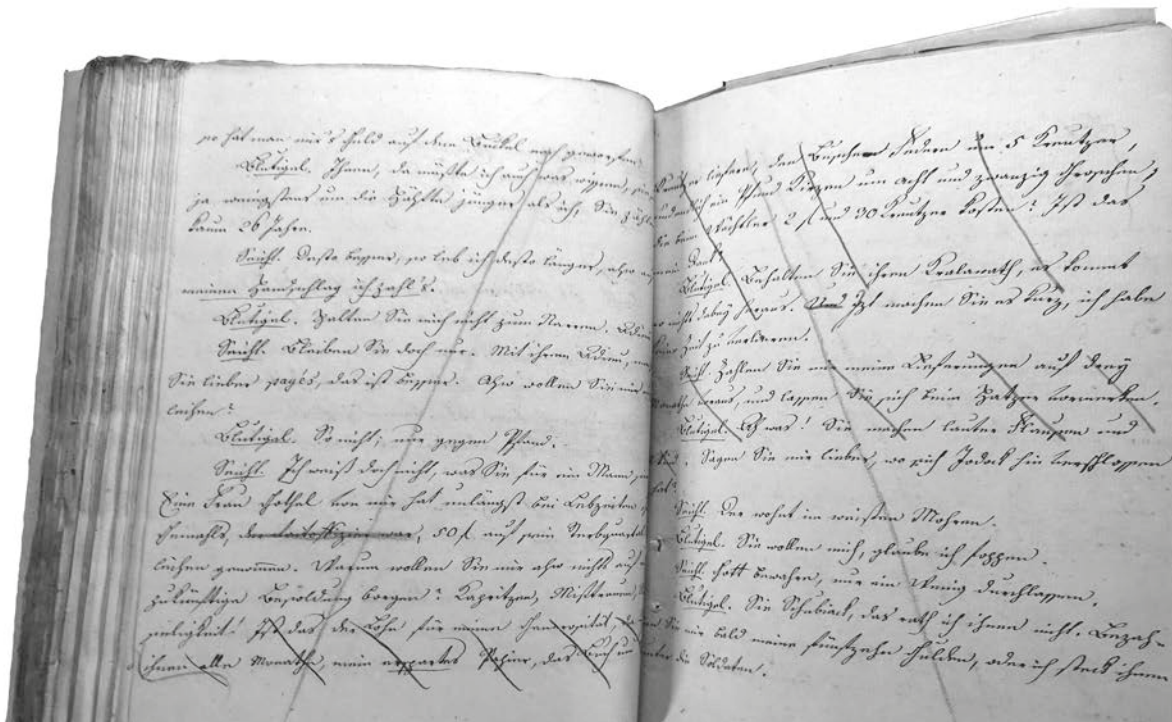
LiTheS
Zeitschrift für Literatur- und Theatersoziologie

Herausgegeben von Beatrix Müller-Kampel und Marion Linhardt

JAHRGANG 13 (2020)
NUMMER 16

Das Politische, das Korrekte und die Zensur II

Kulturgeschichtliche und kultursoziologische Perspektiven



Medieninhaber und Verleger
LiTheS. Ein Forschungs-, Dokumentations- und Lehrschwerpunkt
am Institut für Germanistik der Universität Graz
Leitung: Beatrix Müller-Kampel

Herausgeberinnen und Lektorat
Ao. Univ.-Prof. Dr. Beatrix Müller-Kampel
Institut für Germanistik der Universität Graz
Harrachgasse 21 / VI, 8010 Graz
Tel.: ++43 / (0)316 / 380–2453
E-Mail: beatrix.mueller-kampel@uni-graz.at
Fax: ++43 / (0)316 / 380–9761

Prof. Dr. Marion Linhardt
Universität Bayreuth
Sprach- und Literaturwissenschaftliche Fakultät, Gebäude GW I
Universitätsstraße 30, 95447 Bayreuth
E-Mail: marion.linhardt@uni-bayreuth.de

Umschlagbild
Adolf Bäuerle (?): Modeschwindel. Ein lokales Lustspiel in fünf Aufzügen. Handschrift. Format: 24 x 19,0 cm, 225 Seiten. ÖNB / Sammlung von Handschriften und alten Drucken (Cod. Ser. n. 175 Han). – Vgl. dazu auch: Beatrix Müller-Kampel: »À la mode«. Zu einer soziomoralischen Kategorie der Komödie und der komischen Oper (Wien, 1760er bis 1820er Jahre). In: LiTheS. Zeitschrift für Literatur- und Theatersoziologie 9 (2016), Nr. 14: Mode – Geschmack – Distinktion II, S. 43–94: http://lithes.uni-graz.at/lithes/16_14.html

Gestaltung und Satz
mp – design und text / Dr. Margarete Payer
Gartengasse 13, 8010 Graz
Tel.: ++43 / (0) 664 / 32 23 790
E-Mail: margarete.payer@mac.com

© Copyright
»LiTheS. Zeitschrift für Literatur- und Theatersoziologie« erscheint halbjährlich im Internet unter der Adresse »http://lithes.uni-graz.at/lithes.html«. Ansicht, Download und Ausdruck sind kostenlos. Namentlich gezeichnete Beiträge geben immer die Meinung des Autors oder der Autorin wieder und müssen nicht mit jener der Herausgeberinnen identisch sein. Wenn nicht anders vermerkt, verbleibt das Urheberrecht bei den einzelnen Beiträgern.

Editorische Notiz
LiTheS Nr. 16: *Das Politische, das Korrekte und die Zensur II* präsentiert u. a. die Ergebnisse der im Rahmen der LiTheS-Tagung gleichen Titels im Mai 2017 an der Universität Graz geführten und davon angestoßenen Diskussionen.

Gefördert von der UB Graz / Publikationsservices.

ISSN 2071-6346=LiTheS

Political Correctness: Zur politischen Kultur in Nordamerika (1995)[1]

Von Dieter Haselbach

Vorbemerkung des Autors 2020

Nachstehenden Text schrieb ich, während ich an der University of Victoria in British Columbia, an der Westküste Kanadas, lehrte. Schon vorher war ich oft in Nordamerika gewesen und hatte überall im Land mit vielen Menschen gesprochen. Die Auseinandersetzung mit „Political Correctness" war ein Versuch zu verstehen, was mich jedesmal neu irritierte, wenn ich den Fuß auf nordamerikanischen Boden setzte: Mein (europäisches) politisches Orientierungssystem funktionierte nicht mehr. Ethnozentrismus, identitäre Politik, Tendenzen zu politischer Abschließung waren und sind in meiner europäischen Sicht „rechts" – hier galten sie als „links" und als die letzte Weisheit progressiver Politik. Und in der Kritik solcher Tendenzen, auch im Seminarraum, fühlte ich mich in mir unangenehmer Nähe zu – aus europäischer Sicht – „rechten", konservativen Autoren, mit denen ich sonst keine politischen Werte teilte.

Schon damals war mir klar, dass die US-Gesellschaft, weniger die kanadische, politisch in zwei feindliche Blöcke gespalten war. Diese Spaltung wirkte tief bis in die Argumente der verfeindeten Gruppen; für abwägende Positionen war wenig Raum, zu sehr waren die Feinde ineinander verkeilt. Ich konnte mir damals nicht vorstellen, dass das gesellschaftliche und politische Zerwürfnis sich noch weiter vertiefen könnte. Aber die heutigen USA sind tatsächlich noch tiefer in einem Strudel politischen Irrationalismus. Insofern war die schon schattige Schlussbemerkung des alten Aufsatzes bei Weitem zu optimistisch. Und der politische Irrationalismus hat sich auch in Europa einen weiten Handlungsraum erobert.

Als ich vor inzwischen mehr als zwei Jahren das erste Mal meinen neuen Arbeitsplatz aufsuchte, das Soziologische Institut auf dem Campus der University of Victoria in der kanadischen Provinz British Columbia, sah ich draußen vor der Tür zwei Gestalten (sie wurden mir später als Kollegen aus der Politikwissenschaft vorgestellt), die versuchten, ihre brennenden Zigaretten vor dem strömenden Regen zu schützen. Einmal drinnen, wußte ich warum. „This is a smoke free building", verkündete ein Schild. Der ganze Kontinent ist inzwischen smoke free, bis auf einige zugige Ecken.

1 Erstdruck in: Neue Politische Literatur 40 (1995), S. 116–133. – Bei der Durchsicht des Texts sind der Redaktion von *LiTheS* und auch mir einige Flüchtigkeiten, Interpunktionsfehler und an manchen Stellen ein Sprachgebrauch aufgefallen, ein durch meine lange Lebenszeit in fremdsprachiger Umgebung beschädigtes Deutsch. Ohne den Inhalt zu verändern, sind solche Stellen stillschweigend korrigiert oder lesbar gemacht worden.

Haselbach, Dieter: Political Correctness: Zur politischen Kultur in Nordamerika (1995). In: LiTheS. Zeitschrift für Literatur- und Theatersoziologie 13 (2020), Nr. 16: Das Politische, das Korrekte und die Zensur II, S. 149–172: http://lithes.uni-graz.at/lithes/20_16.html.
DOI: 10.25364/07.13:2020.16.8

CC BY NC ND

Auch in meinem Büro darf ich nicht rauchen: „MAXIMUM FINE $ 500.00“ steht auf dem Schild. Rauchen ist, so erklärte man mir, „politically not correct“.

An einem der ersten Tage in Victoria nahm mich der „chair of the department“[2] zur Seite und unterrichtete mich über Aufgaben und Gepflogenheiten. Drei Stunden Sprechstunde pro Woche mindestens werden von jedem Hochschullehrer erwartet. Ich solle, so der „chair“ weiter, immer die Bürotür weit offen haben, wenn ein Student in meinem Zimmer sei. Was denn zu tun sei, wenn ein Student um eine vertrauliche Unterredung bitte? Eine geschlossene Tür, so wurde beschieden, sei gefährlich[3] und „politically not correct“.

Andere Länder, andere Sitten? Was man in Nordamerika, vor allem an Universitäten, heutzutage essen, sagen, schreiben darf, unterliegt den ungeschriebenen Regeln der Political Correctness. Inzwischen habe ich mich daran gewöhnt, vor dem Bonbongeschäft in einer Mall[4] eine Anzeigentafel zu finden, die Süßigkeiten mit „no sugar, no cholesterol, no fat, no salt“ verheißt. Eine politisch korrekte Ernährung, so weiß ich nun, verzichtet auf alles Genannte.[5] Und noch heute sehe ich vor mir, wie das Gesicht eines Gesprächspartners erstarrte, als ich, was ich von Karl May her als ‚Indianer‘ kenne, als „North American Indian“ zu bezeichnen wagte. Zumindest „indigenous people“ (eingeborene Völker) hätte ich sagen sollen. Politisch noch korrekter ist die Bezeichnung „First Nations“. Auch weiß ich nun, daß, wenn ich in einem Aufsatz das – meiner Meinung nach – schönere Geschlecht als „women“ und nicht „womyn“ bezeichne, dies als eine Stellungnahme dazu gelesen werden kann, wie sehr ich die Bemühungen um eine politisch korrekte Sprache mißachte.

In den USA und Kanada wird die Debatte um Political Correctness mit großer Passion geführt. Die Literatur zum Thema ist ausufernd und unübersichtlich; sie umfaßt von luziden intellektualistischen Etüden über scharfe Streitschriften bis hin zu reißerischen Aufmachern in der Massenpresse alle literarischen Genres. Die hier angezeigte Auswahl ist weder repräsentativ noch vollständig.

2 Es handelte sich hier nicht um einen Stuhl, sondern um den Institutsdirektor. Das früher übliche „chairman“ für diese Funktion gilt als nicht „politically correct“ und das neutrale „chairperson“ als zu umständlich. Also hatte ich es mit einem „chair“ zu tun.

3 Inzwischen weiß ich, daß die Unschuldsvermutung zugunsten des Angeklagten in Fällen von „sexual harassment“ (sexueller Belästigung) zumindest in den Medien und der öffentlichen Wahrnehmung suspendiert ist: ‚Wir wissen doch alle, wie Männer sind. Wo Rauch ist, muß auch Feuer sein. …‘

4 Eine Mall hat für das heutige Amerika etwa die Funktion, die die Passagen für das Paris des 19. Jahrhundert hatten; vgl. hier die bekannten Arbeiten von Walter Benjamin.

5 Ebenso habe ich mich daran gewöhnt, daß meine von der Liebe zum Mittelmeer ebenso wie von meiner Herkunft geprägten Eßgewohnheiten (reichlich Olivenöl, Fleisch, Rotwein, Knoblauch, scharf gewürzte Würste, Butter, nie aber Margarine) ungefragt ständig kommentiert werden. Nur der Knoblauch aus meiner Liste gilt als akzeptabel, aber er habe olfaktorische Wirkungen, die wiederum nicht „politically correct“ sind. In der Lokalzeitung finde in jeden Tag mindestens einen Artikel, aus dem ich ersehe, daß man womöglich stirbt, wenn man gegen die diätischen Regeln der Political Correctness verstößt.

Political Correctness ist eine starke Strömung in der heutigen politischen Kultur Nordamerikas. Hier möchte ich mich auf einige wesentliche Dimensionen konzentrieren: Political Correctness ist ein Programm zur Reform von Sprache (I). Political Correctness ist eine Front im Kampf zwischen konservativen, liberalen und linken Kräften um die Kontrolle der Universitäten und deren Curricula (II). Political Correctness bietet sich als Lösung für das Problem der Integration multikultureller Gesellschaft an (III). Zum Schluß ist die Frage zu stellen, ob sich unter dem Zeichen der Political Correctness eine Desintegration nordamerikanischer Gesellschaften abzeichnet (IV).

PC als Sprachpurifizierung und ihre Implikationen

In der Alltagssprache des heutigen Nordamerika haben sich der Begriff „Political Correctness" und das dazugehörige Adjektiv „politically correct" weithin durchgesetzt. Ich zitiere aus dem Wirtschaftsteil einer beliebig gegriffenen Ausgabe des *Globe and Mail*, der führenden kanadischen Tageszeitung[6]: Ein neuer Aktienfonds in den USA, der sein Portfolio wesentlich aus Aktien der Vergnügungs-, Tabak- und Alkoholika-Industrie zusammenstellt, wird unter der Überschrift *A mutual fund for the politically incorrect* diskutiert. Und eine zweite Referenz vom selben Tag: Ein Bericht über die Bemühungen eines Herstellers von Großcomputern, nach Jahren der Krise wieder Profitabilität zu erreichen, zitiert den Präsidenten der Firma mit dem Satz: „Emotionally, customers had reached this point where the mainframe [Großcomputer] was no longer politically correct."

In solchen Wendungen steht Political Correctness für eine Kultur der Reinigung und des Verzichts. Dies trifft auf tiefverwurzelte Bedürfnisse in der kollektiven Psyche Nordamerikas. Political Correctness ist ein lebensreformerisches Projekt zur Purifikation des Lebens. Am deutlichsten wird dies als Sprachreform, in der Purifikation der Sprache.

Politisch korrekte Sprache ist gereinigt von allen Formen von Diskriminierung. Politisch korrekte Sprache verhilft Opfern („victims"[7]) sprachlicher Diskriminierung zu sprachlicher Repräsentation, Opfer transzendieren dadurch ihr Schicksal und werden zu Subjekten. Aus der Sicht der politisch korrekten Sprachreform kann vieles ‚Opfer' sein: ethnische oder kulturelle Minderheiten, aber auch die vom menschlichen Tun und Treiben geschundene Natur. Opfer im politisch korrekten Sinne ist alles, was ‚anders' ist, Opferrolle und „otherness" sind für die Political Correctness fast austauschbare Begriffe. Andersheit wiederum mißt sich an einem Maßstab, der selbst nicht unbestritten geblieben ist: anders ist alles, was eine Identität abweichend von einer dominanten Kultur der Macht hat, der Kultur der weißen Männer

6 Zitiert wird i. d. F. der Report on Business Nr. 8417, Sektion B, vom 6. Juni 1994, S. 1, 3 und S. 4.

7 Dinesh D'Souza prägte hier die überaus eingängige Formel von der „victim's revolution". Vgl. Dinesh D'Souza: Illiberal Education. The Politics of Race and Sex on Campus. New York: Vintage Books 1992, Kap. 1.

europäischer Abkunft[8], der niederdrückenden Tradition der „dead white European males“ (im Folgenden: DWEMs).[9]

Wenn es um eine Sprachpurifikation von den Sedimenten dieser oppressiven Kultur geht, ist es manchmal schwer zu unterscheiden, ob die Ergebnisse der Reform ironische Erfindungen von Gegnern der Political Correctness oder ob sie schon jene ‚andere‘, nicht-diskriminierende Sprechweise sind. DWEMs haben beispielsweise, so Anhänger von Political Correctness, einen Kult der Klugheit etabliert. Im Kampf gegen solche ‚kulturelle Hegemonie‘ rückt an die Stelle des diskriminierenden „dumm“ das Attribut „differently intelligent“. Die positive Bewertung einer andersartigen Intelligenz soll denkmöglich werden. Hand in Hand damit geht die Forderung, solcherart andere Intelligenz anzuerkennen, also etwa im Schul- und Universitätssystem Leistungen nicht an einem vorab festgelegten Standard, sondern unter Einbezug jener, wenn andersartigen, so doch positiv zu bewertenden Differenz zu beurteilen. Prinzipiell rückt auf diese Weise etwa ein gesellschaftswissenschaftlicher Universitätsabschluß auch für solche Personen in Reichweite, deren ‚different intelligence‘ sie zum Lesen oder Verstehen sozialwissenschaftlicher Texte nicht prädestiniert.[10] Es liegt in der Logik solcher Sprachreform, eine körperliche oder geistige Behinderung neutral als ‚Andersheit‘, emotional als eine differente Befähigung aufzufassen, und so ersetzt die Form „differently abled“ (anders befähigt) das alte, diskriminierende „disabled“ (behindert). Weitere Beispiele ähnlichen Zuschnitts lassen sich leicht anführen.[11]

8 Juden gelten als Teil dieser dominanten Kultur. Bemerkenswert, aber nicht überraschend ist entsprechend, daß antisemitische Unterströmungen in politisch korrekter Literatur weit verbreitet sind.

9 In weiten Teilen der nordamerikanischen Linken ersetzte inzwischen diese kulturalistische These zur Herrschaft ältere klassenanalytische Ansätze. Vgl. hier Paul Bermans Einleitung „The Debate and Its Origins“ im Sammelband: Debating P. C. The Controversy over Political Correctness on College Campuses. Herausgegeben von Paul Berman. New York: Laurel 1992. (= A Laurel trade paperback.) S. 1–28, hier S. 14–16. Dort auch die Abkürzung DWEMs.

10 Ende Oktober 1994 tauchte auf dem Campus der University of Victoria ein Comic Strip aus der Serie *Doonessbury* auf, in dem solche Tendenzen nur unwesentlich überzeichnet werden. Ein Hochschullehrer kündigt die gültige Benotungspolitik wie folgt an: „As many of you may know, I used to view grading as an occasion for accountability. However, a recent lawsuit has compelled me to factor in considerations un-related to merit. I'm referring, of course, to victimhood. If you belong to a victim group, by virtue of gender, race, religion, ethnicity, class, family dysfunction, disability or addiction, please register your status with the dean before mid-terms are given.“ Eine Quelle war auf der Photokopie, die ich zu sehen bekam, nicht vermerkt.

11 Vgl. hier das an Beispielen reiche Buch von Robert Hughes: Nachrichten aus dem Jammertal. Wie sich die Amerikaner in *political correctness* verstrickt haben. Aus dem Amerikanischen von Sabine Roth. München: Kindler 1994. Die amerikanische Erstausgabe Culture of complaint. The Fraying of America. New York [u. a.]: Oxford University Press 1993, S. 31, vermerkt z. B. die Form „other-visioned“, mit der ein negatives Urteil über die Sehschärfe eines ‚Opfers‘ vermieden wird, oder „vertically challenged“, was die Körpergröße eines Gegenübers darstellt, aber nicht untunlich kommentiert.

In der Welt der Political Correctness gilt es generell als Diskriminierung, Menschen nach ihren Fähigkeiten zu beurteilen. Wer dies tut, setzt sich dem Vorwurf des „ableism“[12] aus, eine politisch korrekte Wortprägung analog zu den bekannteren „racism“ oder „sexism“. Des „ableism“ macht man sich schon dort schuldig, wo man auf Standards bei der Erfüllung spezifischer Aufgaben besteht. Unterformen des „ableism“ sind so etwa „fatism“, Sonderbehandlung von Menschen aufgrund überdurchschnittlichen Körpergewichts, als „ageism“ gilt die Äußerung der Vermutung, daß Lebensalter ein Persönlichkeitsfaktor ist[13], und „diseaseism“ ist der Einbezug chronischer Erkrankungen in eine funktionale Persönlichkeitsbewertung, etwa bei der Einstellung einer Arbeitskraft. In diesem Sinne begeht man wahrscheinlich die Sünde des „deathism“, wenn nicht Schlimmeres, falls man versäumt, Leichname in ihrem Persönlichkeitsrecht anzuerkennen und sie ‚politically correct‘ als „nonliving persons“[14] zu adressieren. Natürlich geht es bei solchen Bewertungen nicht nur um die nichtdiskriminierende Anerkennung jenes Anderen im gesellschaftlichen Alltag, sondern vielleicht mehr noch um teilweise erhebliche, gerichtlich zu erstreitende Entschädigungen für berufliche Benachteiligung aufgrund von Diskriminierung.[15]

Andersheit wird in der Sprach- und Herrschaftskritik der Political Correctness zutreffend als herrschaftliche soziale Strukturierung markiert. Gleichwohl wird in politisch korrekter Sprache auf dieser Andersheit insistiert. Schwarze sind in den USA derzeit „African Americans“, allenfalls noch, zusammen mit anderen Personen dunkler Hautpigmentierung, „persons of color“. Wer sich diesen, auf beziehungsreiche Andersheit insistierenden Sprachregelungen nicht unterwirft und etwas anderes sagt, ist Rassist und als solcher Anhänger der oppressiven Kultur. Amerikareisende sollten sich über die je aktuell geltenden Sprachregelungen vorab kundig machen, um eventuelle Gesprächspartner nicht zu verletzen.

12 Diskriminierung wegen Beeinträchtigungen; die Übersetzung ist schwierig, vielleicht „Fähigkeitskult“.

13 Es ist in Nordamerika inzwischen ein durchgesetzter Verhaltensstandard, in Bewerbungsschreiben und Lebenslauf Alter oder Geburtsdatum zu verschweigen, eine Frage nach dem Alter gilt als extrem unhöflich. Akzeptabel und durchgesetzt ist es hingegen, eine Selbsteinordnung nach rassischen Merkmalen vorzunehmen: „white, including North African and Jewish“, „East Indian“ oder „South Pacific, including the Fidschii Islands“. Teil der Eingangsbestätigung zu einer Bewerbung auf Universitätsstellen in den USA ist regelmäßig ein Fragebogen zur rassischen Selbsterklärung, in dem die eben zitierten oder ähnliche Kategorien anzukreuzen sind.

14 Vgl. Hughes, Nachrichten aus dem Jammertal, S. 34.

15 Es handelt sich hier durchaus nicht um belanglose Abstraktheiten. Hier ein Beispiel für „fatism“: Vor einigen Monaten wurde in den USA von einer Frau eine Entschädigung von einem Krankenhaus erstritten, weil dieses sie auf ihre Bewerbung hin nicht eingestellt hatte. Sie konnte die notwendigen formalen Voraussetzungen für eine Einstellung vorweisen. Das Krankenhaus hatte vorgebracht, sie könne sich, wegen ihrer Körperfülle, die im Prozeß unbestritten blieb, nicht bücken und sei deswegen zur Ausübung des Berufs der Krankenschwester ungeeignet. Die Frau bekam Recht mit der Eingabe, sie sei wegen Körperfülle benachteiligt worden. Die Einlassung des Krankenhauses wurde demgegenüber zurückgewiesen. Der Klägerin wurde eine Entschädigung zugesprochen. Der Fall wurde in den nordamerikanischen Medien weithin diskutiert.

Besonderheit und kulturelle Andersheit gegenüber der ‚herrschenden Kultur' tauchen zweimal in der politischen Gleichung des nichtdiskriminierenden Diskurses auf. In der ‚herrschenden Kultur' sei Andersheit Ansatzpunkt von Unterdrückung, das Andere als Anderes hätte sich in und durch sie konstituiert. In einer politisch korrekten Welt, in der Diskriminierung verschwunden ist, ist Andersheit Ausgangspunkt von Stolz, „pride", ist Zugehörigkeit. Dies ist eine entscheidende Wendung. Andersheit in diesem positiven Sinn, Identität, entspringt in der Sicht der politischen Korrektheit aus einer ethnischen (oder soll man sagen: rassischen?) Zugehörigkeit, aus Geschlechtszugehörigkeit[16], aus sexueller Orientierung. Der Sprachpolitik von Political Correctness ist so eine Tendenz zur Ethnisierung, zur biologischen Verdinglichung sozialer Beziehungen[17] inhärent. Daß persönliche ‚Identität'[18] in der Regel komplexer ist als die Zugehörigkeit zu einer Gruppierung im Sinne ethnischer oder geschlechtlicher ‚otherness', geht verloren. Identität ist Zugehörigkeit zu „black", „gay", „woman", oder genauer „black gay", „lesbian First Nation", oder, behüte, „white heterosexual male".[19]

Die Lancierung politisch korrekter Sprache ist ein Versuch, Massenbewußtsein über Sprachpolitik zu steuern. Solcherlei Versuche sind im Medienzeitalter keine Besonderheit von Political Correctness. Die politische Sprache in den USA hat auch woanders bemerkenswerte Euphemismen hervorgebracht: so wurde der Börsenkrach von 1987 zu einem „equity retreat" verharmlost, und für massive Personalentlassungen („Freisetzungen") in „corporate America" hat sich gegenüber dem brutaldirekten „downsizing" die Kategorie „rightsizing"[20] durchgesetzt, die in der Regel zur „lean corporation", zum schlanken[21] Betrieb führt. Aber solche Neigungen sind auch der deutschen Sprache nicht fremd: das Entstehen von „-parks" allerorten, zur „Entsor-

16 Im prüden amerikanischen Englisch immer „gender", nie „sex", denn letzterer Terminus hat neben Geschlecht noch eine andere, irritierende, Bedeutung.

17 Max Weber, der Ethnizität konsequent als soziale Konstruktion, als „Gemeinschaftsglauben" faßt, beobachtet hier zutreffend und durchaus zeitgemäß: „Fast jede Art von Gemeinsamkeit und Gegensätzlichkeit des Habitus und der Gepflogenheiten kann Anlaß zu dem subjektiven Glauben werden, daß zwischen den sich anziehenden oder abstoßenden Gruppen Stammverwandtschaft oder Stammfremdheit bestehe." Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie. Studienausgabe. 5. Aufl. Tübingen: Mohr 1976, S. 237.

18 Zur „Identitätspolitik" in der Political Correctness s. u.

19 Paul Berman beobachtet zutreffend, daß es in der amerikanischen kulturellen Linken inzwischen weit verbreitet ist, „that in cultural affairs, the single most important way to classify people is by race, ethnicity, and gender – the kind of thinking that leads us to define one person as a white male, someone else as an Asian female, a third person as a Latina lesbian, and so forth." Berman, The Debate and Its Origins, S. 13.

20 Die beiden letzten Beispiele in Hughes, Nachrichten aus dem Jammertal, S. 44.

21 Schlankheit ist, als Teil von ‚wellness' und ‚fitness', ein so unbestreitbares Ideal der Körperkultur Amerikas, wie „French fries" und „hamburgers" zur nordamerikanischen Diät gehören.

gung“ gefährlicher Substanzen oder für die Industrie, mag hier als Beispiel hinreichen.

Das Besondere der Bezeichnungspolitik von Political Correctness ist, daß sie nicht verschleiern und beschönigen will, sondern daß sie als ‚falsch‘ empfundene Bezeichnung frontal als Diskriminierung angreift. Umgekehrt gilt schon die politisch korrekte Sprachform nicht selten als genuiner Beitrag zur Überwindung von Ungleichheit und zu einer gerechteren Gesellschaft. Eine akademische Streitschrift für Political Correctness gibt so der Hoffnung Ausdruck, daß solche Sprachpolitik der Funke sei, der eine kulturelle Eruption zündet: „PC’ers propose symbolic changes that could alter everything.“[22] Wahrscheinlicher allerdings ist, daß Sprachreinigung im Zeichen von Political Correctness bestenfalls zu einer neuen Sensibilität der Form führt, daß Diskriminierung in der ‚falschen‘ Bezeichnung vermutet, als ein aus der sozialen Welt herausgelöstes und als ein auf Sprache begrenztes Phänomen identifiziert wird. Der mit glühendem Ernst betriebene Kampf gegen Diskriminierung verkürzte sich dann auf den Kampf gegen diskriminierende Benennungen. Der Geruch brennenden Papiers liegt über der Szene.[23]

Mehrere allgemeine Regeln strukturieren das semantische Feld von Reinigung und Verzicht in Political Correctness. Die wichtigsten scheinen mir zu sein:

(A) Opfer sind politisch korrekt, Täter nicht. Hintergrundannahme ist, daß die soziale Welt sich restlos in diese beiden Kategorien sortieren läßt. Täter sind in der überwiegenden Zahl der Fälle die Abkömmlinge der DWEMs.

(B) ‚Klein‘ ist politisch korrekter als ‚groß‘. Das gilt auch bei metaphorischer Verwendung des Wortes. Auch deswegen sind beispielsweise Minderheiten „politically correct“.[24]

22 Jung Min Choi und John W. Murphy: The Politics and Philosophy of Political Correctness. Westport: Praeger 1993, S. xii.

23 Die Auseinandersetzung kann aber auch einfach komisch sein: In Kanada (leider habe ich den entsprechenden Artikel aus dem *Globe and Mail* nicht archiviert) gab es kürzlich eine Kontroverse über einen Text, in dem – als Zitat – Rousseaus Begriff des „edlen Wilden“ verwandt wurde. Als dieser Text für ein Schullesebuch ausgesucht wurde, bestand der Verlag darauf, den Terminus durch das nicht diskriminierende „First Nations“ zu ersetzen. Der Autor des fraglichen Textes beklagte sich bitterlich und öffentlich, daß durch solcherlei Operationen nicht nur sein Argument zerstört werde, sondern daß unter der Bedingung solcher Purifikation eine historisch bezugreiche Sprache und eine Argumentation, die eine Auseinandersetzung mit vergangenen Urteilen und Vorurteilen sucht, nicht mehr möglich seien.

24 Als Angehörige(r) einer Minderheit ist die Person sogar ausnahmsweise dann „politically correct“, wenn sie dem männlichen Geschlecht angehört. Der Opferstatus als Minderheit scheint den männlichen Täterstatus mehr als zu kompensieren. Edith Kurzweil ironisiert dies, wenn sie in diesem Sinne von einem „American (Hungarian-born and ‚politically correct‘) political scientist“ berichtet. Edith Kurzweil: Political Correctness in German Universities. In: Partisan Review 60 (1993), Nr. 4, S. 583–590, hier S. 584.

(C) Dinge, die Vergnügen bereiten, sind politisch nicht korrekt. Das gilt namentlich, aber nicht ausschließlich für Zigarren[25] und – schlimmer noch – „environmental tobacco smoke (ETS)"[26].

Auch im Alltagsleben zeigt Political Correctness durchaus Auswirkungen. Unter dem Bann von Political Correctness wird öffentliches Sprechen freudlos und flach; Witz, Doppelbödigkeit, Anspielungen, polemische Pointierung verschwinden, und mit ihnen verschwindet das befreiende Lachen. Vieles ist nicht mehr sagbar. Sprachreinigung ist ein moralisches Projekt, der Verstoß gegen den comment mit Schuldgefühlen bewehrt. „The language of *political correctness* is saturated in guilt".[27] Barbara Epstein, Hochschullehrerin in Kalifornien, gibt Beispiele für diesen neuen Moralismus. Nicht nur in den Hörsälen beobachtete sie eine Angst, etwas zu sagen, was andere verletzen könnte, eine „atmosphere of self-intimidation among students, among faculty, and in progressive circles outside the university."[28] Fast noch wichtiger sei, daß die Kontrolle des Sprachgebrauchs zum Machtmittel wird. Durch eine Einschränkung des Sagbaren auf das politisch Korrekte werden Überlegungen, die dem Anspruch von Political Correctness auf die richtige Sprache gefährlich werden können, zensiert. Political Correctness immunisiert sich so prozedural gegen Kritik. Laut Epstein wird Political Correctness zu einem Instrument der Verdekkung, des Denkverbots. Sie berichtet von „overt attempts to define certain areas as off-limits for discussion."[29] Wer solche durch Sprachtabus geschützte Positionen politisch angreift, ist nicht nur politischer Gegner, sondern wird als moralisch minderwertig abgetan.[30] Political Correctness züchtet so eine neue Kultur der Intoleranz. Die politische oder akademische Diskussion von Positionen aus dem Spek-

25 Man sollte dies Herrn Bundespräsidenten Herzog nahelegen, bevor er in seiner neuen Funktion Nordamerika besucht.

26 Vgl. Peter L. Berger: Furtive Smokers – and What They Tell Us About America. In: Commentary (Toronto) 97 (1994), Nr. 6, S. 21–26, hier S. 22. Berger sieht in der Anti-Raucher-Bewegung der USA die „Klassenmacht der Intellektuellen" wirken. Vergleichbare soziologische Thesen, wenn auch nicht so zugespitzt, hat in Deutschland prominent Helmut Schelsky vertreten. Das Machtstreben der neuen sozialberuflichen Intellektuellenklasse sieht Berger insgesamt als wesentliche Triebkraft von *political correctness*.

27 Barbara Epstein: *Political Correctness* and Collective Powerlessness. In: Socialist Review 21 (1991), Nr. 3/4, S. 13–35, hier S. 25.

28 Ebenda, S. 20–21.

29 Ebenda, S. 22.

30 Eine ähnliche Beobachtung findet sich auch in einem Beitrag zur kanadischen Politik des Multikulturalismus. Gilles Paquet beklagt, daß „[c]osmopolitanism has come to be regarded as the only attitude that is morally and politically correct." Eine Diskussion konfligierender Werte sei durch diese Vorurteilsstruktur fast unmöglich geworden: „Any questioning of the wisdom of the policy [des Multikulturalismus, D.H.] is branded so quickly as racist that many have simply abandoned the forum. The result is not less ressentiment but less open airing of deeply felt concerns." Gilles Paquet: Political Philosophy of Multiculturalism. In: Ethnicity and Culture in Canada. The Research Landscape. Herausgegeben von John W. Berry und J.A. [Jean] Laponce. Toronto: University of Toronto Press 1994, S. 60–80, hier S. 64 und S. 77.

trum des Feminismus oder sich ethnisch definierender Gegenkulturen werde, so Epsteins Beobachtung, steril und scholastisch; Kritik von außen gibt es nicht mehr. Epstein vergleicht dies mit der Atmosphäre stalinistischer Parteien; abweichend vom „correct lineism“[31] allerdings bezieht sich Political Correctness mit ihren moralisch bewehrten Forderungen nach Linientreue nicht nur auf Parteimitglieder, sondern unterwirft die gesamte Gesellschaft ihrem Regime.

Daß trotz des sprachlichen Unsinns, der bei der Durchsetzung einer politisch korrekten Sprache hervorgebracht wird, dieses Unternehmen nicht schon längst aufgegeben wurde, ist erstaunlich. Verständlich wird dies vor dem Hintergrund eines purifikatorischen Fundamentalismus, der weiter vitales Teil der nordamerikanischen Kultur ist. Für Beobachter von woanders bleibt dies selbst dann schwer nachvollziehbar, wenn sie sich Mühe geben.

Robert Hughes bringt in seinem lesenswerten Buch einen plausiblen Vorschlag ein, wie man angesichts der substantiellen Fremdheit der nordamerikanischen Kultur Political Correctness an- und auffassen soll: aus der sicheren Distanz des Fremden. Der aus Australien stammende, aber seit mehr als zwei Jahrzehnten in New York lebende Kunstkritiker sieht das kulturpolitische Leben in den USA durch eine extreme Polarisierung gekennzeichnet. Diese Spaltung habe „mittlerweile fast so etwas wie zwei puritanische Sekten hervorgebracht, von denen die eine einem elegischen Konservatismus frönt, während die andere mit der Pose des Revolutionärs kokettiert, sich dabei jedoch hinter akademischer Larmoyanz verschanzt, um sich nicht in der wirklichen Welt engagieren zu müssen.“[32] Für Hughes ist Political Correctness das intellektuelle Wechsel- und auch Zusammenspiel[33] zweier realitätsferner Radikalismen, dem „politisch und dem patriotisch Korrekten“.[34] Hughes propagiert Äquidistanz als angemessene Erkenntnishaltung und hält Stellungnahmen im intellektuellen Kampfgetümmel für sinnlos: „[...] mehr als ihre Gegner verabscheuen beide [politisch und patriotisch Korrekte, D. H.] nur denjenigen, der zwischen ihnen zu vermitteln sucht. Soviel zur jüngsten Mutation des puritanischen Erbes.“[35]

Hochschulpolitik

Mehr über Hughes’ ‚patriotisch Korrektes‘ lernt man in einer anderen Facette der Auseinandersetzung um Political Correctness. Gegen eine vermeintliche linke

31 Epstein, *Political Correctness* and Collective Powerlessness, S. 23.

32 Hughes, Nachrichten aus dem Jammertal, S. 95.

33 Beide Seiten brauchen einander, „um ihr jeweiliges Parteiprogramm zu einer chiliastischen Schlacht um die Seele Amerikas aufzubauschen. Die radikale akademische Linke und die kulturkonservative Rechte sind ineinander verkeilt in einer prachtvollen symbiotischen folie à deux“. Ebenda, S. 111.

34 Ebenda, S. 117.

35 Ebenda, S. 111.

Dominanz an den amerikanischen Universitäten[36] wurden in den späten Jahren der Reagan-Präsidentschaft und in der Bush-Ära konservative Attacken geritten, die sich als Angriff auf Political Correctness ausgaben. Diese Debatte betraf Curricula, sie betraf Gleichstellungspolitik, sie gab sich besorgt über die intellektuelle Lufthoheit in den Hörsälen. Dieser Streit strahlte bald auf den gesamten Bereich von Kunst und Kultur aus. Roger Kimballs Buchtitel *Tenured Radicals* – dem Sinn nach zu übersetzen als „verbeamtete Linksradikale"[37] – faßt recht gut zusammen, worauf sich die hochschulpolitischen Attacken richten. Behauptet wird, die 68er Generation habe inzwischen die Universitäten, besonders die Humanities-Departments sowie die höhere Administration, fest im Griff. Der Marsch in die Institutionen sei erfolgreich gewesen, nun werde die kulturelle Revolution von oben administriert.

Materialien zu Political Correctness in der Hochschule bietet der Sammelband *Debating P. C.*[38]. Nach einer orientierenden Einleitung des Herausgebers Paul Berman, eines Ostküstenintellektuellen mit – wollte man ihn in der europäischen politischen Landschaft verorten – sozialdemokratischen Sympathien, werden Dokumente von Debattanten veröffentlicht. Berman schöpft aus verschiedenartigen Quellen, nebeneinander finden sich elegant ausgefeilte Essays, Gelegenheitsarbeiten und Interviews. Berman hat kompetent ausgesucht, der Facettenreichtum der akademischen Political Correctness-Debatte spiegelt sich wider. Auch kann der Band viel Lesearbeit woanders ersparen. Dinesh D'Souza etwa, der mit seiner konservativen Streitschrift *Illiberal Education*[39] sich als Erfolgsautor des ‚P. C.-bashing' etablieren konnte, ist bei Berman mit einem kurzen Interview[40] repräsentiert, in dem alle Argumente bündig zusammengefaßt sind. Auf die Originalarbeit braucht also nur derjenige zurückzugreifen, dem es nicht um die Argumentationslinie, sondern ganz spezifisch um Details und Illustrationen[41] D'Souzas geht.

36 Das Gefühl tiefer Verletztheit über die Nicht-Präsenz konservativer Wissenschaft an der Universität läßt sich, nicht ohne selbstkritische Zwischentöne, in Paul Gottfrieds Insider-Studie nachlesen; vgl. Paul Edward Gottfried: The Conservative Movement. 2., überarb. Aufl. New York: Twayne 1993. (= Social Movements Past and Present.) bes. Kap. 3: „Ivory Tower / Ivory Gate: The Conservative Mind on Campus".

37 Roger Kimball: Tenured Radicals. How Politics has Corrupted Our Higher Education. New York: Harper Collins 1991. – „Radical" steht in der politischen Sprache Nordamerikas für links; die Erfahrung, daß es auch eine radikale Rechte / radikale Mitte gibt, hat sich sprachlich noch nicht niedergeschlagen.

38 Siehe Fußnote 9.

39 D'Souza, Illiberal Education.

40 The Big Chill? Interview with Dinesh D'Souza. In: Debating P. C., S. 29–39.

41 D'Souzas Argumente in *Illiberal Education* blieben nicht unwidersprochen. Immer wieder wurde ihm vorgeworfen, einen recht freizügigen Umgang mit Fakten zu pflegen. Michael Bérubé kommentiert in diesem Sinne, D'Souzas Arbeit „relies [...] on a canny strategy of media saturation. That is, D'Souza's goal, in part, is simply to flood the media with so copious an amount of misinformation and second-hand innuendo as to keep his critics busy doing nothing other than running down his sources and gainsaying him point by spurious point." Michael Bérubé: Exigencies of Value. In: The Minnesota Review (1992 / 93), Nr. 39, S. 63–87, hier S. 64. Ähnlich Gottfried in einer Kritik aus konservativer Perspektive: „Con-

Mit Berman lassen sich einige Hauptlinien der hochschulpolitischen Auseinandersetzung ausmachen. Ich konzentriere mich hier auf den Kampf um einen ‚literarischen Kanon' und auf das Problem der Hochschulzulassungspolitik.

Gleichstellungspolitik ist auch in Deutschland vertraut. Die Auseinandersetzung um sie bekommt in Nordamerika allerdings, vor dem Hintergrund des multiethnischen Charakters der Gesellschaft, eine in Deutschland unbekannte Zuspitzung: Sowohl in der Zulassung von Studenten zum Studium als auch in der Besetzung von Hochschullehrerstellen konkurrieren Gesichtspunkte einer kompensatorischen Gleichstellung („equity" oder „equal opportunity policies") mit solchen eines Zugangs nach Leistungskriterien; hierbei geht es sowohl um „ethnicity" als auch um „gender".

Was die Besetzungspolitik für Fakultätspositionen angeht, so verbirgt sich, ganz wie in Deutschland, hinter der offiziellen Formel von einer bevorzugten Behandlung unterrepräsentierter Gruppen für den Fall der Gleichqualifikation oft eine – um es vorsichtig auszudrücken – eher zögerliche Bewegung hin zu proportionaler Repräsentation, obwohl es hier durchaus auch radikale Fachbereiche gibt, die eine Besetzungspolitik im Geiste der Gleichstellung kompromißlos betreiben.

D'Souza, selbst Immigrant in die USA mit einer dunklen Hautpigmentierung, deutet zu Recht auf einige Probleme von Gleichstellungspolitik hin. Neben der platten Ungerechtigkeit, daß in einem formellen oder informellen Quotierungssystem die Hochschulzulassung nicht von Leistung, sondern von Rasse abhänge, führen Quoten bei Studenten[42], so D'Souza, zur ‚negativen Diskriminierung' von Minderheiten. Dies sei besonders offensichtlich dort, wo Quoten-Gruppen dem Generalverdacht unterlägen, allein wegen rassischer Zuschreibung zugelassen worden zu sein; letzteres sei vor allem bei schwarzen Amerikanern der Fall. Unmittelbare Folge der Quotierungspolitik sei eine Festigung zunächst defensiver, aber zunehmend aggressiv ausgeprägter ethnischer Gruppenidentität, sei auch in letzter Konsequenz die zunehmend rassistische Atmosphäre an den amerikanischen Universitäten.[43] Außerdem habe Gleichstellungspolitik oft schlicht absurde Folgen: US-Universitäten

sisting, for the most part, of anecdotes about left-wing excesses among the professoriate and academic administrators, the work was neither original nor well researched." Gottfried, The Conservative Movement, S. 76.

42 Es mag hier dahingestellt bleiben, in welchem Maß solche Quoten formell oder informell für die Zulassung von Studenten an US-Universitäten gelten: D'Souza belegt seine Argumentation am Beispiel der University of California at Berkeley, bezieht sich aber implizit auf das amerikanische Universitätssystem insgesamt.

43 „Racial division", so beschreibt D'Souza das Paradox von Gleichstellungspolitik, „is the natural consequence of principles that exalt group equality above individual justice. [...] Paradoxically, a program that began as a campaign to eliminate race as a factor in decision making has come to enforce race as a factor in decision making. Admission policies that once sought to extend equal opportunity to all individuals regardless of their background now exalt group membership above individual achievement in allocating scarce seats in the freshman class." D'Souza, Illiberal Education, S. 51.

konkurrierten inzwischen, so D'Souza, mit erheblichem finanziellem Einsatz um schwarze Studenten, Doktoranden und Promovierte, und dies, um Quoten selbst dort aufzufüllen, wo es kein Angebot qualifizierter Kandidaten gebe. Demgegenüber sei der universitäre Arbeitsmarkt für andere Gruppen sehr eng.

Von links wird solche Kritik vehement zurückgewiesen. Radikale Stimmen erklären, unbeschadet solcher Angriffe, Gleichstellungspolitik zu einer der aktuellen Formen von Klassenkampf und diesen sui generis für moralisch gerechtfertigt, was immer auch die unmittelbaren Folgen seien[44]. Im liberalen Lager wird darauf verwiesen, daß, wenn auch Gleichstellungspolitik per Quotierung ein ungeliebtes und grobes Hilfsmittel zur Kompensation struktureller Benachteiligung bleibe, es doch keine Alternative zu ihr gebe. Entsprechend könne es nicht darum gehen, die Anerkennung von Gruppenrechten aufzugeben, sondern allenfalls darum, es mit einem verfeinerten und flexiblen Quotierungsinstrument administrativ allen recht zu machen.

Die konservative[45] Kritik – D'Souza steht hier nicht allein – markiert einen konzeptionellen Widerspruch in der Politik der Gleichstellung durch Quotierung. Als Ziel von Gleichstellung wird im liberalen (sozialdemokratischen) Mainstream angegeben, daß ethnische Differenzen zu überwinden seien. In der ethnischen Quote aber wird lediglich zum Kriterium von Chancen, was vorher den Grund für Diskriminierung abgab. Zugehörigkeit bestimmt sich weiter am ethnischen Kriterium. In der inhärenten Logik der Quote hat ethnische Gleichstellung so eine Schlagseite zu einem wohlmeinenden Rassismus. Es ist durchaus nicht von der Hand zu weisen, wenn konservative Kritiker von Gleichstellungspolitik solchen kompensatorisch-menschenfreundlichen Rassismus in einer komplexen und mehrschichtigen Verbindung zu zunehmenden feindlich-rassistischen Tendenzen quer durch die gesamte nordamerikanische Gesellschaft sehen. Unsinnig allerdings erscheint es mir, wie D'Souza und seine Gesinnungsfreunde Rassismus in der nordamerikanischen Gesellschaft allein aus diesem Faktor erklären zu wollen[46]. Das Motivgeflecht des Rassismus ist zu komplex, als daß es von hochschulpolitischen Maßnahmen der einen oder anderen Art überformt werden könnte.

44 Dies scheint die Position von Tom Lewis zu sein; vgl. Tom Lewis: *Political Correctness*: A Class Issue. In: The Minnesota Review (1992/93), Nr. 39, S. 88–102.

45 Aus seiner Sicht ordnet Paul Gottfried D'Souzas Attacken gegen Political Correctness auf dem Campus dem liberalen Lager zu: „It is hard to see how this work represents an assault on egalitarian social engineering in higher education." Gottfried, The Conservative Movement, S. 77. Um den Titel des wahrhaft Konservativen gibt es auch in Nordamerika einigen Streit.

46 „The predictable result [von Quotierung] is a jealous and often bellicose group consciousness among students who do enroll. They think of themselves as ethnic platoons engaged in a silent struggle in which the gains of one necessarily entail the losses of the other." D'Souza, Illiberal Education, S. 51.

Ein zweiter hochschulpolitischer Streitpunkt sind Curricula. Was soll an Hochschulen gelernt werden? Für die Mehrzahl der Fächer, die Naturwissenschaften, die Ingenieurstudiengänge und – mit Einschränkungen – die Sozialwissenschaften, scheint diese Frage völlig überflüssig, seit Versuche mit ‚germanischer Physik' oder ‚sozialistischer Medizin' sich als wenig praktikabel erwiesen haben. Anders sieht es im Fall der Geisteswissenschaften, der Geschichte, Literatur etc. aus. Viele werden sich an die erregten Debatten um gymnasiale Curricula aus den 70er und 80er Jahren in Deutschland erinnern. Die Frage, was zu lernen sei, polarisiert auch in den USA. Einige kulturelle Besonderheiten sind jedoch zu beachten. In Nordamerika betrifft die Auseinandersetzung nicht den Schulunterricht, sondern die ersten Jahre des Universitätsstudiums. Die USA, wie auch Kanada, haben eine lange Erfahrung mit einem Einheits- oder Gesamtschulkonzept, und die öffentlichen Schulen sind eingestandenermaßen und notorisch schlecht. Colleges und Universitäten haben Aufgaben in der Allgemeinbildung zu übernehmen, die man in einem funktionierenden Schulsystem in früheren Stadien angehen würde.

In der Political Correctness-Debatte wurde die curriculare Auseinandersetzung auf die Frage zugespitzt, welche Bücher zum Kanon eines literarisch-kulturellen Grundwissens gehören und entsprechend an der Universität gelesen werden sollen. Die USA sind eine multiethnische und multikulturelle Gesellschaft. Die Debatte um den Kanon dreht sich um die Frage, inwieweit ethnische Kulturen, Frauenliteratur und die populäre Kultur Teil der literarischen und Allgemeinbildung sein sollen. Im konservativen Lager dominiert die Ansicht, nur Texte sollten gelesen werden, die der nagenden Kritik der Zeit widerstanden haben, Klassiker also. Die kulturelle Linke argumentiert dagegen, daß die Beschränkung allein auf literarische Klassiker eine Dominanz der herrschenden, der Kultur der DWEMs perpetuiere[47]. Auch zeitgenössische Texte, solche aus Minderheiten-Literaturen und fremden Ländern sowie nicht-literarische Texte müssen hiernach ihren Platz im Literaturunterricht haben. Bietet dies schon genügend Sprengstoff, so geht es weiterhin auch noch um Methoden der Literaturinterpretation. Sollen Studenten in einer Lesehaltung geübt werden, die sie in die ewigen menschlichen Probleme und in die Wahrheiten der klassischen Texte einweiht? Oder sollen sie mit Methoden vertraut gemacht werden, die sozialhistorisch, dekonstruktiv (was immer das ist), klassenanalytisch oder wie auch immer dem Klassischen am Klassischen die bedingungslose Reverenz verweigern?

Die Härte der Debatte um den literarischen Kanon universitärer Allgemeinbildung läßt sich, wie Katha Pollitt beobachtet hat, fast nur aus der stillschweigenden – und ich befürchte: zutreffenden – Voraussetzung erklären, daß die Texte, die im College behandelt werden, für die überwiegende Mehrzahl der Studenten die einzigen lite-

47 So z. B. Henry Louis Gates, Jr.: Whose Canon is It, Anyway. In: Debating P. C., S. 190–200, hier S. 199–200: „To reform core curriculums, to account for the comparable eloquence of the African, the Asian and the Middle Eastern traditions, is to begin to prepare our students for their roles as citizens of a world culture [...] rather than [...] as guardians at the last frontier outpost of white male Western culture, the keepers of the masterpieces."

rarischen Texte sind, die sie je lesen werden.[48] Wenn jemand im Lauf seines Lebens nur fünf oder auch zwanzig Bücher liest, hat jedes einzelne ein besonderes Gewicht. Die Folgen der Lektüre im Hochschulseminar erscheinen absurd vergrößert: ‚Falsche' Lektüre, so Befürchtungen der Konservativen, sprenge die Gesellschaft an den Fundamenten, von den Grundwerten her; der Linken wird zugetraut, daß genau dies das Ziel sei, wenn neue Lektüreformen und -inhalte eingeschmuggelt werden.[49] Ein stockfleckiger literarischer Traditionalismus prägt die Bücher Allan Blooms[50] und Roger Kimballs, Dinesh D'Souzas Ausführungen zum Thema sind geschmeidiger, scheinbar kompromißbereiter, aber in der Sache ebenso eng. Alle drei Bücher können als ‚Klassiker' der neuesten konservativen Breitseite gegen die Universitäten gelten; alle drei Bände waren auch ein kommerzieller Erfolg und standen z. T. monatelang auf der Bestsellerliste für amerikanische Sachbücher.[51] Liberale Gegenstimmen sind zugänglich in Paul Bermans Sammlung, im Sonderheft von *The Minnesota Review*[52], liberalkonservativ und neo-konservativ ausgerichtet sind die sehr lesenswerten Aufsätze in einem Sonderheft von *Partisan Review*[53]. Von diesen Quellen aus erschließt sich zumindest ein Teil der fast unüberschaubaren Vielzahl von Aufsätzen in verstreuten Zeitschriften.

In Umkehrung der Argumentationsfigur der Konservativen wird von links hinter den konservativen Attacken auf die Hochschule das Motiv vermutet, Kontrolle über Administration und Curricula gewinnen zu wollen. Letztes Ziel der Konservativen sei es, die Universitäten in das kulturelle Klima der 1950er Jahre zurückzustoßen, in die Zeit des McCarthyistischen antikommunistischen Verfolgungswahns, in die heißen Jahre des kalten Kriegs. In der Tat gelten die 1950er Jahre dem Konservativismus in den USA als das ‚goldene Zeitalter', denn da stimmten die Fronten noch.

48 „In America today, the underlying assumption behind the canon debate is that the books on the list are the only books that are going to be read and if the list is dropped, no books are going to be read. Becoming a textbook is a book's only chance – all sides take that for granted." Katha Pollitt: Why Do We Read?. In: Debating P. C., S. 201–211, hier S. 207.

49 Roger Kimball, Tenured Radicals, S. 2, drückt dies so aus: „[...] what is at stake in these difficult questions [nach Lehrinhalten und -methoden] is more than an academic squabble over book lists and pedagogy; what is at stake is nothing less than the traditional liberal understanding of democratic society and the place of education and high culture within it."

50 Allan Bloom: The Closing of the American Mind. New York: Simon and Schuster 1987.

51 Der Auflagenerfolg zunächst Blooms, dann anderer konservativer Autoren über Political Correctness regt John Searle zu folgender Betrachtung an: „[...] it is worth noting that Bloom demonstrated to publishers and potential authors one thesis beyond doubt: It is possible to write an alarmist book about the state of higher education with a long winded title and make a gread deal of money. This consequence appears to provide at least part of the inspiration for a number of other books, equally alarmist and with almost equally heavy-duty titles [...]." John Searle: The Storm Over the University. In: Debating P. C., S. 85–123, hier S. 86.

52 The Minnesota Review. A Journal of Committed Writing (Herbst / Winter 1992 / 93), Nr. 39: Themenheft *PC Wars!*

53 Partisan Review 60 (1993), Nr. 4: Themenheft *The Politics of Political Correctness*, mit einem Schwerpunkt auf der hochschulpolitischen Debatte.

Ebenso allerdings wie die konservativen Befürchtungen über eine linke Dominanz an den Hochschulen dürften die linken Befürchtungen über ein konservatives Rollback übertrieben[54] und Ausdruck dafür sein, wie sehr die Gegner bis zum Realitätsverlust ineinander verbissen sind. Mit Blick auf öffentliche Anerkennung allerdings scheinen der konservative Angriff und die dahinterstehende traditionalistische Weltsicht die Oberhand über die „tenured radicals" zu haben. Die Herzen der Massen fliegen dem einfach strukturierten Weltbild der Konservativen zu; konservatives Denken hatte schon immer den Vorzug scheinbarer Konkretheit.

Dies zeigt sich auch dort, wo die Debatte um Political Correctness aus den Hochschulen hinaus auf andere Institutionen des öffentlichen Lebens in den USA übergegriffen hat. Im wohl dichtesten Kapitel seiner *Nachrichten aus dem Jammertal*[55] beschreibt Hughes, wie der Streit um den Kanon des Edlen, Guten und Schönen auf den Kunstbetrieb, auf Museen, öffentliche Rundfunkstationen, auf die staatliche Kunstförderung ausstrahlte, wo wirklich oder vermeintlich öffentliche Gelder im Spiel waren. Von radikal-konservativer und christlicher Seite wird alles bekämpft, was eine Aura von Avantgarde hat und was nicht in ein enges Korsett von ‚Anständigkeit' im Sinne jener auch im britischen Konservativismus jüngst beschworenen „family values" einzuordnen ist. Ebenso richtet sich die Feindschaft gegen Institutionen wie die u. a. staatlich geförderten reklamefreien Rundfunk- und Fernsehstationen des „Public Broadcasting System", denen vorgeworfen wird, linksradikale Inhalte zu transportieren. Die kulturelle Linke übt sich derweil in Political Correctness und verwechselt, so Hughes, zusammen mit ihren konservativen Gegenspielern Kunst mit einer therapeutischen Übung zur, diesmal eben linken, Erziehung des gemeinen Volkes. Beide Gruppen seien sich einig in der Forderung, daß Kunst sich als Einrichtung zur moralischen Verbesserung der amerikanischen Menschen zu rechtfertigen habe. Folge eines solchen Zangengriffes auf die ohnehin nur mager ausgestatteten Institutionen öffentlicher Kunstförderung in den USA ist, so befürchtet Hughes, daß die Förderung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner, auf multikulturelles Kunsthandwerk, Kitsch, „ästhetische[s] Spießbürgertum" zurückgefahren wird. Dies führe zur Subventionierung von Projekten, „gegen die keiner etwas einwenden kann: ‚Hmong-Stickerei, die Seegras-Korbflechterei der Küstengegenden, Volkstänze aus Südostalaska, indianische Korbflechterei und Holzarbeiten, der Kanubau der Pazifikinseln und die Banjo-Tradition in den Appalachen'".[56]

54 Empirisch ist dies eine heikle Frage, denn die Zuordnung von Hochschullehrern zu politischen Lagern ist nur schwer zu operationalisieren. Unabhängig von möglichen politischen Loyalitäten sollten aber auch für nordamerikanische Hochschullehrer die internen Gültigkeitskriterien des wissenschaftlichen Diskurses gelten.

55 Der englische Originaltitel *Culture of Complaint* ist besser gelungen.

56 Hughes, Nachrichten aus dem Jammertal, S. 261–262, das Innenzitat aus einer Broschüre des National Endowments for the Arts, der Kunstförderinstitution der amerikanischen Föderation.

Am letzten Zitat wird sehr deutlich, von wo aus Hughes schreibt. Sein Buch ist nicht nur, wie er selber meint, der Notschrei eines Ausländers gegen die kulturellen und politischen Zumutungen im heutigen Amerika. Er ist ebenso Teilnehmer am Spiel. Sein Buch ist eine Streitschrift für ein säkulares, urbanes, kulturell sensibles Amerika. Das gibt es auch. Es ist eine Streitschrift der kulturellen Elite aus New York und den Großstädten vor allem der Ostküste gegen den Rest des Kontinents. Die Lektüre ist für Liebhaber engagierter Polemik sehr genußvoll[57]. Leser allerdings, die mit wichtigen Interna und Begriffen der amerikanischen Diskussion nicht vertraut sind, könnten manchmal mehr Abstand oder Erklärung brauchen. Ihnen hätten vom Verlag oder Übersetzer Verständnishilfen angeboten werden sollen[58]. Auch leidet das Buch an manchen Wiederholungen[59] und, im Eifer des polemischen Gefechts, gelegentlich an theoretischen Fehlgriffen[60].

Trotzdem ist Hughes' Band als Information aus erster Hand und gleichzeitig als Streitschrift gleichermaßen gegen Political Correctness und konservativen Fundamentalismus dringend zu empfehlen. Der Band legt den Finger an den Puls des Patienten Nordamerika und stellt die Diagnose – wenn therapeutische Vorschläge auch noch knapp sind. Hughes zeigt, wie fundamentalistische Versuchungen, christlich oder politisch korrekt, im Kernland der westlichen Lebensweise wachsen. Was den Lesern in Europa oft als übertriebene politische und symbolische Kinderei[61] erscheinen mag, ist noch nicht hegemonial, aber es ist eine starke Unterströmung in der politischen Kultur Nordamerikas. An Hughes' Buch kann man ermessen, wie weit

57 In der deutschen Übersetzung kommen manche Formulierungen allerdings ein wenig gravitätisch daher: „In den letzten zehn Jahren sind ungeheuere [!] Fortschritte gemacht worden, was die Art und Weise der Behandlung von Minderheiten [...] in den Schulbüchern angeht." Ebenda, S. 176.

58 So bezieht sich Hughes immer wieder auf die Imagerie der amerikanischen Fernsehkultur, vgl. ebenda, S. 64 und S. 256, oder er verweist auf Termini der verfassungspolitischen Debatte in den USA, vgl. ebenda, S. 243, etc.

59 Der Gedanke, daß Besteuerung „die Mutter der Zivilisation" ist, kann in Amerika zwar nicht oft genug wiederholt werden, aber er muß nicht zweimal (ebenda, S. 226 und S. 237) im selben Kapitel auftauchen. Solche festgestanzten Formeln und immer wieder eingespielte Informationspartikel finden sich auch woanders: so muß die zugegeben bemerkenswerte These der feministischen US-Schriftstellerin Andrea Dworkin, daß heterosexueller Geschlechtsverkehr immer und in jedem Fall Vergewaltigung sei, gleich mehrmals (ebenda, S. 21 und S. 48) herhalten, um Verstiegenheiten in der amerikanischen Diskussion zu kennzeichnen.

60 Zum Beispiel ist Hughes' Engführung des „Poststrukturalismus" mit Theorien des westlichen Marxismus, namentlich den, wie Hughes schreibt, „eher diffusen, paranoiden Theorien der Frankfurter Schule" (ebenda, S. 100), nicht zu rechtfertigen.

61 So beobachtet Hughes zur Debatte um Abtreibung, die von religiösen Extremisten in den USA inzwischen mit der Waffe in der Hand geführt wird: „Das Bild des Fötus ist in der amerikanischen Populärkultur seltsam allgegenwärtig, in einer Weise, wie man es sonst in der westlichen Welt nicht erlebt." Ebenda, S. 73.

sich das englischsprachige Nordamerika, die USA sicher in noch höherem Grad als Kanada[62], von Europa und seinen politisch-kulturellen Standards entfernt hat.

PC als Demokratiepolitik, Multikulturalismus

Systematischer nun noch einmal zum Problem persönlicher und politischer ‚Identität': Die Frage ist, wie sich die Gesellschaften des englischsprachigen Nordamerika der Anforderung einer in den neuesten Immigrationswellen noch zunehmenden ethnisch-kulturellen Diversifizierung stellen sollen. Mit „Identitätspolitik" gibt es eine genuin politisch korrekte Antwort auf das allgemeine demokratietheoretische Problem, wieviel Differenz, wieviel Pluralismus eine kulturell inhomogene Gesellschaft zulassen kann, ohne ihre Kohärenz zu verlieren. „Identity politics" ist der Versuch einer Neubestimmung des Verhältnisses von Freiheit und Gleichheit, von Individuum und Gruppe unter der Bedingung der Multikulturalität.

Was ist „identity politics"? Zugehörigkeit zu Gesellschaft bestimmt sich hier allein nach den Gesichtspunkten ethnischer Selbstzuordnung (also Herkunft und Hautpigment) und sexueller Orientierung, man ist nicht Kanadier, sondern black, gay, etc. Die Gesellschaft ist danach das Wider- und das Zusammenspiel so definierter Gruppen. Manche dieser Gruppen sind ‚Täter', andere ‚Opfer'. Was dies in der politischen Praxis bedeutet, wird von Tom Lewis in einem Aufsatz in der linkspluralistischen *Minnesota Review* auf den denkbar plattesten Begriff gebracht. Für ihn ist Identitätspolitik ideologischer Klassenkampf. Bei der Verteidigung der linken Position darf man nicht zucken oder zögern, vielmehr muß klar sein, wer Freund und wer Feind ist. Nur ‚Weiße' können Rassisten sein: „The entire history of Black oppression [gemeint ist: oppression of Blacks, D. H.] justifies the unconditional right to self-determination for African-Americans. If a separatist path is chosen then it must be seen as a response to white oppression: emphatically, it is not a form of ‚black racism'."[63]

Dies ist eine zutiefst moralische Stellungnahme. Die Reinigung von der Sünde der Unterdrückung fordert den ‚Weißen' ab, sich einem unbedingten Selbstbestimmungsrecht der schwarzen Amerikaner zu unterwerfen. Apartheit ist eine der möglichen Formen schwarzer Selbstbestimmung. Dasselbe Recht auf Selbstbestimmung haben ‚Weiße' verwirkt. Selbstbestimmung gibt es in der politisch korrekten Welt nur für Opfer, nicht für Täter. Identitätspolitik in der Form der Apartheit ist auch für Lewis Rassismus, aber nur, wenn die Apartheit eine ‚weiße Apartheit' ist. Rassismus, so führt Lewis aus, „requires the power to oppress – a power that Blacks, Latinos, and other minorities do not possess in this society. A class perspective on

62 Natürlich soll hier die französischsprachige Minderheit in Kanada nicht unerwähnt bleiben.

63 Lewis, *Political Correctness*: A Class Issue, S. 98; beachtenswert das Spiel mit großgeschriebenen Wörtern: es geht um „Black" gegen „white".

Afrocentrism and similar cultural movements, therefore involves unconditional support for them against their detractors."[64]

Nirgends transzendieren Lewis' Überlegungen die Logik von Rasse und Rache, die er seinen Gegnern vorwirft. Für den, der nicht glaubt, daß Schwarze durch ihre rassische Zugehörigkeit bessere Menschen sind, ist „Black supremacy" nicht besser als „White supremacy". Der Kern weißer Apartheitspolitik war genau, was Lewis als ein schwarzes Recht einfordert: ein „unconditional right to self-determination", ein Recht, das am Menschenrecht Anderer nicht haltmacht. Um den Preis der Selbstaufgabe kann kein politisches Gemeinwesen einer Gruppe „unconditional rights", Rechte ohne Bedingungen und Begrenzungen, geben.

Lewis' Position wäre nicht weiter bemerkenswert, repräsentierte sie nicht weit verbreitete politische Überzeugungen in der Linken Nordamerikas. Simon Frith verficht dasselbe Programm unter einem zugespitzten, ‚radikalen' Begriff von Multikulturalismus: Multikulturelle Reformen im Hochschulbereich „treat students collectively (socialistically) as members of groups", also nicht als Individuen. Genau in dieser – wie Frith meint: ‚sozialistischen' – Radikalität liege das Verdienst des Multikulturalismus, denn er unterminiere „individual aspirations and the American Way"[65] und stehe in prinzipieller Opposition zum konservativen Projekt: „The issue is race", die weiße Vorherrschaft in den USA[66]. Der weiße Rassismus kann offensichtlich nur durch einen andersfarbigen Rassismus wirkungsvoll bekämpft werden.

Linker Rassismus, oft als radikaler Multikulturalismus rubriziert, hat eine weite Anhängerschaft und hat Anschluß an den Mainstream soziologischer und sozialpolitischer Debatten in Nordamerika gefunden. Der kalifornische Anglist Christopher Newfield beispielsweise ist nur in dem Maße weniger radikal als die eben vorgestellten Autoren, als er davor zurückscheut, seine eigene Position konsequent zu durchdenken. Newfield präsentiert ‚identity politics' als Verwirklichung des klassischen sozialstaatlichen Ideals qualitativer Gleichheit. Umgekehrt gilt ihm jede Integrationspolitik als weißer Rassismus und als „antiegalitarian integrationism"[67]. Dieser weiße Rassismus sei nicht mehr segregationistisch, sondern verberge seine oppressive Komponente unter einer Rhetorik der Gleichheit.[68] Vom integrationistischen Politikziel einer „equality of opportunity" unterscheidet Newfield sein

64 Ebenda. – Es sei hier nur angemerkt, daß Lewis im selben Absatz zu bedenken gibt, ob „the greater promise and success" im Sinne einer effizienten Klassenstrategie in quer zu den Rassengrenzen „united struggles against exploitation and oppression" liegen würde. Könnte, im Lichte dieser Überlegung, „unconditional support" des Nationalismus eine instrumentalistische Bündnisstrategie sein?

65 Simon Frith: Political Correctness. In: Critical Quarterly 35 (1993), Nr. 4, S. 41–54, hier S. 53.

66 Ebenda, S. 51.

67 Christopher Newfield: What Was Political Correctness? Race, the Right, and Managerial Democracy in the Humanities. In: Critical Inquiry 19 (1993), S. 308–336, hier S. 323.

68 Vgl. ebenda, S. 321–322.

eigenes sozialstaatliches Ideal, die „equality of outcome“[69]. Durch die Politik formaler Gleichheit werde rassische Diskriminierung lediglich prozedural verfeinert und ideologisch kaschiert: Die Einladung an alle, sich auf Gemeinsamkeiten in der Gesellschaft zu verstehen und zu verständigen, laufe auf Unterdrückung hinaus, denn diese Gemeinsamkeiten schrieben die Dominanz der herrschenden Rasse fest. Der Antirassismus müsse seine Strategien vollständig ändern: War früher, gegenüber der offenen Apartheitspolitik des alten Rassismus, die Forderung nach Integration und Teilhabe angemessen gewesen, so müsse Emanzipation heute durch eine Politik der Segregation emanzipatorischer Apartheit verfolgt werden. Newfield bleibt vage darin, wie solche Formeln in konkrete Politik umzusetzen seien. Die Frage bleibt, wie aus der postulierten emanzipatorischen Apartheit[70], oder aus der Zerschlagung von Gesellschaft in immer kleinere Identitätsgruppen, Machtteilhabe erwachsen soll und was Macht dann noch bedeutet.

In der Ära wohlfahrtsstaatlicher Konfliktregelungen hat ein Beharren auf der Besonderheit als Identitätsgruppe eine interessenpolitische Seite: Besonderheit artikuliert sich in Forderungen nach Kompensation, als Sonderrecht. Im alltagspolitischen Ringen um wohlfahrtsstaatliche Positionen gibt der Status als Opfer-Gruppe einen Positionsvorteil, können doch wechselweise Gleichheits- und Besonderheitsrhetorik zur Substantiierung von Forderungen angeführt werden. Die Sprachpolitik von Political Correctness entlarvt sich hier als Versuch, Ansprüche auf Sonderziehungsrechte auf den – im weitesten Sinne wohlfahrtsstaatlich verteilten – gesellschaftlichen Reichtum durchzufechten und im Alltagsbewußtsein zu zementieren.

Dem Programm der Identitätspolitik fehlt moralisch die Kategorie der Versöhnung, politisch die Dimension eines Ausgleichs von Gegensätzen in einem höheren Dritten. Identitätspolitik konstruiert Gesellschaft als unauflösbaren Gruppenkampf[71],

69 Ebenda, S. 322.

70 Auch Hughes warnt eindringlich vor jenem „Ruf nach einer kulturellen Apartheitspolitik. Er steht im Einklang mit einer der gefährlichsten Strömungen im heutigen Amerika – gefährlich, heißt das, für jegliche Vorstellung staatsbürgerlicher Gemeinsamkeit –, der Tendenz, die […] kultur- und bildungspolitischen Bedürfnisse von Gruppen […] so zu behandeln, als wögen sie schwerer als die Bedürfnisse des einzelnen und stünden in jedem Fall automatisch auf Kriegsfuß mit den […] Forderungen einer bald satanischen, bald herablassenden Herrscherklasse von weißen, männlichen, heterosexuellen Kapitalisten.“ Hughes, Nachrichten aus dem Jammertal, S. 259.

71 Dies geht noch hinter den Kenntnisstand der pessimistischen, in Teilen an sozialdarwinistische Muster anknüpfenden Gesellschaftstheorie Ludwig Gumplowicz’ zurück. Gumplowicz hatte Geschichte als immerwährenden, nicht zu versöhnenden Kampf sozialer Gruppen konstruiert. Er hatte aber die Institutionalisierung dieses Kampfes in Staaten zumindest für begrenzte Zeitabschnitte für möglich gehalten. Identitätspolitik verzichtet auf diesen Schritt, konstruiert ihren Gruppenbegriff zudem entlang biologischer Kriterien und nicht, wie Gumplowicz, als soziale Kategorie. Zu Gumplowicz vgl. Harry Elmer Barnes: The Social Philosophy of Ludwig Gumplowicz. The Struggle of Races and Social Groups. In: H. E. B.: An Introduction to the History of Sociology. Chicago: The University of Chicago Press 1948, S. 191–206, sowie Gerald Mozetič: Ein unzeitgemäßer Soziologe. Ludwig Gumplowicz. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 37 (1985), S. 621–647.

Frauen gegen Männer, Schwarze gegen Weiße und alle gegen Koreaner[72]. Machtbegriff, Klassenbegriff und Gruppenbegriff der politisch korrekten Linken sind statisch und unhistorisch. Macht erwächst für sie nicht in gesellschaftlicher Interaktion, sondern sie ist Attribut ethnischer Gruppen. Unterschiede zwischen ‚politisch korrekter' Identitätspolitik und jenem Rassismus, der bisher Domäne der politischen Rechten war, sind zunehmend schwer auszumachen.

Radikal ist solches Denken darin, daß der gewohnte Sprachgebrauch auf den Kopf gestellt wird: Integration ist Apartheit, Segregation ist Emanzipation. Aus altliberaler Sicht bezeichnet Peter L. Berger solche Tendenzen als Umkehrung dessen, was einst die demokratischen Tugenden Amerikas ausgemacht habe. Seien früher die Rechte der Individuen, unabhängig von Rasse, Geschlecht und Herkunft, geschützt gewesen – dies sei der Sinn des Gleichheitspostulats der bürgerlichen Gesellschaft gewesen –, so würden heute verdinglichte Gruppenmerkmale zum Inhalt von Gleichheit: „Now it is the collective entity – gender, race, ethnic group, and so on – that has rights, irrespective of the rights of the individual. Individuals must be subordinated to the collective good."[73]

Identität und daraus erwachsendes Selbstvertrauen, in der bürgerlichen Gesellschaft einmal idealisiert als ein Persönlichkeitsattribut, aus dem sich Sensibilität gegenüber Anderen entwickeln kann, führt unter dem Regime von Political Correctness zum Gegenteil, zum Verfall von Kommunikation, zur sozialen Praxis der Apartheit. Es zeichnet sich eine neotribalistische Abschottung von Gruppen ab, ein neuer Essentialismus oder, wie der radikaldemokratische Publizist Benjamin R. Barber es drastisch ausdrückt, der universalisierte „Jihad, or the Lebanonization of the World"[74]. Unter solchen essentialistischen Vorzeichen versteht sich ‚Multikulturalismus' nicht mehr als das bunte Miteinander und Durcheinander verschiedener Lebensweisen und Identitäten, nicht mehr als eine Strategie zuerst von Koexistenz und schließlich von Integration – oder soll man sagen: gegenseitiger Assimilation? – von Verschiedenem, sondern als Fragmentierung von Gesellschaft. Multikulturalismus in diesem Sinne ist die Einladung zur Ausübung von Gruppenmacht, die ohne Kritik einer

72 Die Straßenkämpfe, die 1993 in Los Angeles ausbrachen, zeigten, daß die Verwerfungen in der US-Gesellschaft weit komplexer sind, als dies die Vertreter von „identity politics" wahrhaben wollen: Straßenkämpfe, die durch ein offensichtlich gegen ein die schwarze Bevölkerung diskriminierendes (und inzwischen korrigiertes) Gerichtsurteil ausgelöst wurden, richteten sich gegen eine neue Gruppe von Immigranten, deren Beteiligung am juristischen Establishment sich auf keine Weise konstruieren läßt. Kleine, von Koreanern betriebene, meist sehr erfolgreiche Lebensmittelgeschäfte („convenience stores") überall in der Stadt waren die ersten Opfer der Unruhen. Koreaner gelten, möglicherweise aufgrund einer unterschiedlichen und als verletzend empfundenen Körpersprache, bei weißen und schwarzen Amerikanern gleichermaßen als Fremdkörper im Alltagsleben, auch neidet man ihnen zum Teil den wirtschaftlichen Erfolg.

73 Berger, Furtive Smokers, S. 25.

74 Benjamin R. Barber: Jihad vs. McWorld. The two axial principles of our age – tribalism and globalism – clash at every point except one: they may both be threatening to democracy. In: The Atlantic (1992), Bd. 269, Nr. 3, S. 53–63, hier S. 59.

‚hegemonialen' Öffentlichkeit stattfinden kann, denn diese selbst hat sich in Identitätsgruppen aufgelöst.

Political Correctness ist so weit durchgesetzt, daß der Ansatz inzwischen seine eigenen ‚textbooks' hervorgebracht hat. Es ist zu befürchten, daß Jung Min Chois und John W. Murphys 1992 erschienenes Buch *The Politics and Philosophy of Political Correctness* weithin in Gebrauch ist: 1993 wurde der Band zum zweiten Mal aufgelegt.[75] Das Buch ist so sehr auf Verständlichkeit hin angelegt, daß alle theoretischen und politischen Probleme nicht angesprochen werden. Was bleibt, ist eine Ansammlung von Flachheiten, ist ein nur scheinbar belesenes Namedropping, und sind oft agententheoretische Substantiierungen, die die schlimmsten Vorurteile von Gegnern der Political Correctness-Bewegung[76] bestätigen. Kern des theoretischen Konstrukts ist ein Dualismus zwischen Gut und Böse, wobei das Gute repräsentiert wird durch einen Ansatz, in dem dualistisches Denken[77] (Gut–Böse, Ordnung–Unordnung, Zivilisation–Barbarei, Political Correctness–Konservatismus etc.) aufgegeben wurde, wohingegen das Festhalten am dualistischen Denken die Quelle des Bösen ist[78].

Die beiden Autoren haben recht, ihren Ansatz in „deconstruction, post-structuralism, post-Marxism, and postmodernism"[79] zu verorten. In der Tat kann man das Buch als ein Lehrstück für die Verwirrung heranziehen, die in manchen Köpfen angerichtet wird, die als ausschließlicher philosophischer Schulung dem poststrukturalistischen Relativismus[80] ausgesetzt waren. Die Muter aller Dualismen in diesem nicht-dualistischen Denken ist der Dualismus von ‚local' und ‚universal'. Daraus folgt die Anwendung, daß „each interpretive community has integrity, none has to tolerate inferiorization", mit anderen Worten, sie muß keine Kritik tolerieren[81]. Das Buch von Choi und Murphy dürfte den Tatbestand der Weltsicht einer ‚interpretive community' erfüllen, also mag auch für sie gelten, daß „[n]o norm, belief, or viewpoint should be allowed to upset the balance between narratives"[82], und ich verzichte auf weitere Auseinandersetzung im Detail. Von jener „balance between narratives" allerdings – ich stelle mir das ähnlich vor wie die ‚unsichtbare Hand' in der „textbook-version" von Adam Smith – ist, so die Autoren, eine Ausnahme

75 Westport: Praeger 1993 (ED 1992).

76 „PC […] is inclusive and opens avenues of discussion that have been closed because of class, race, gender, epistemology, of other bases for bias. In this regard, PC is ‚counter-hegemonic'." Ebenda, S. 140.

77 Dieses soll durch „embodiment", verkörperndes Denken, ersetzt werden. Ebenda, S. 5.

78 Vgl. auch ebenda, S. 102.

79 Ebenda, S. 3.

80 Die Autoren insistieren allerdings darauf, daß ihr Denken besser mit Karl Mannheims Relationismus-Begriff beschrieben sei; vgl. ebenda, S. 94.

81 Ebenda, S. 96.

82 Ebenda, S. 101.

zu machen: Die interpretative Gemeinschaft der DWEMs[83], einschließlich Adam Smith, ist vom friedlichen Sandkastenspiel nicht mehr kommunizierender Gruppen auszuschließen, denn sie hegt universalistische Ansprüche, tritt wie ein Monopolist auf dem Markt auf, indem sie insistiert, daß es moralische Grundlagen in einem politischen Gemeinwesen geben muß, die allen gemeinsam sind.[84]

Implikationen und Zusammenfassung

Zum Schluß bleibt die Frage zu stellen, was die präsentierte Literatur zur Erklärung von Political Correctness anbietet. Überall dort, wo Schuldzuweisungen nicht wechselseitig von der politischen Rechten an die Linke und umgekehrt gerichtet werden und sich die Diskussion nicht steril auf Feindschaft und Selbstbestätigung beschränkt, werden drei Erklärungsansätze angeboten. Political Correctness gilt als die jüngste Mutation des Puritanismus. Hieraus läßt sich der moralische Rigorismus erklären, der hinter politisch korrekter Rhetorik steht. Von hier aus kann man auch die Tendenzen in der nordamerikanischen Diskussion verstehen, nicht von der Realität der Ungleichheit, sondern davon auszugehen, daß Gottes Reich, eine Gesellschaft der Freien und Gleichen, auf Erden schon existiert. Wie es zu dieser Mutation gerade in der politischen Linken kam, wird meist erklärt aus dem Einfluß, den Poststrukturalismus und die allgemeine Wendung zur postmodernen „literary theory" in Nordamerika hatten. In der Tat wird Postmodernismus in nordamerikanischen Universitäten viel ernster genommen, als ich dies je an einer deutschen Universität erlebt habe. Die Postmoderne nimmt hier nicht selten die Züge einer Ersatzreligion an, bei der jeder Verstoß entsprechend als Säkularhäresie behandelt wird. Ob dahinter eine Schwierigkeit mit französischem intellektuellem Sarkasmus steht?[85] Hinzuweisen wäre auch auf die langen Jahre des Reagan / Bush-Konservativismus, auf dessen ökonomische Folgen und auf das intellektuelle Klima dieser Zeit. Aber wieso hat sich seitdem der Spuk nicht verflüchtigt? Eine letzte Erklärung deutet auf die Orientierungskrise, in die der Westen taumelte, nachdem ihm, nach einer langen Vorbereitungsphase in der Entspannungspolitik, am Ende der 1980er Jahre der Lieblingsgegner im Osten verlorengegangen ist.

Alle solche Erklärungen deuten auf wichtige Aspekte hin, und doch sind sie nicht befriedigend. Politisches Denken ist durch solche Faktoren nicht determiniert, und

83 Ausdrücklich sprechen Choi und Murphy von „the monistic character of the Western tradition" (ebenda, S. 98), also – um dies mit nur einigen Namen aus meinem engeren Fach zu illustrieren – der Einheit von Auguste Comte, Karl Marx, Hans Freyer und Ralf Dahrendorf.

84 Natürlich brauchen auch Choi und Murphy einen Halt, um nicht in ihrem relativistischen Sumpf unterzugehen. „Maintaining the symmetry of the social mosaic is thus the aim of PC morality." Ebenda, S. 101. Sie sehen nicht, daß sie sich hiermit nicht nur der philosophischen Sünde des „universalism", sondern auch der politischen des universalistischen „social engineering" schuldig machen.

85 Paul Berman steuerte hier ein schönes Aperçu bei: „Political correctness in the 1990 [...] is the fog that arises from American liberalism's encounter with the iceberg of French cynicism." Berman, The Debate and Its Origins, S. 24.

alles könnte auch anders kommen. So bringt dieselbe Kultur, die Political Correctness hervorgebracht hat, auch eine Gegenbewegung hervor. Noch an den überraschendsten Stellen finden sich so Stimmen gegen Political Correctness, die entweder Humor zur Entwaffnung des Gegners benutzen oder die unbeirrt auf Aufklärung setzen.

Ein Beispiel hierfür bietet ein schmaler Band, im grauen Markt der Kleinstverlage erschienen. Charles Churchyard zeigt am Beispiel von Pierre Bertons viel gepriesener Studie *The Arctic Grail: The Quest for the North West Passage and the North Pole, 1818–1909* (1988 erschienen), wie in der Welt der Political Correctness die Geschichte des kanadischen Nordens zu einer Parabel über die Sünden europäischer Eroberer wird. In der Sicht einer politisch korrekten Geschichtsauffassung: „The British explorers are damned, utterly and irrevocably. They committed mortal sins that nothing can redress. They were Eurocentric, ethnocentric, and racist."[86] Von Fakten und Quellen sei eine solche Sichtweise, so Churchyard, nicht zu beeindrukken. Für „the hard core politically correct" gilt nach Churchyard, daß „[t]hey have such a visceral attachment to their opinions that one could no more persuade them of their errors than he [!] might succeed in convincing fundamentalists that the Bible is not the literal word of God. [...] They are receptive only to something that confirms the doctrines of their faith."[87] Besonders geht es Churchyard um das Folgende: Im Weltbild der Political Correctness sind Eingeborene, ist die ‚ursprüngliche' Bevölkerung friedlich und unschuldig. Churchyard belegt, daß es im hohen Norden Krieg und Völkermord auch ohne den Einfluß von weißen Eroberern gab, daß die europäischen Kolonisatoren eben nicht ein friedlich-buntes Leben der Völker, im Einklang miteinander und mit der Natur, zerstört haben. Solche Sachlichkeit gegenüber der Geschichte ist nicht nur, wie Churchyard selbst weiß, politisch hilflose Aufklärerei, in Nordamerika stellt sie ihn in das Lager der Reaktion. Sein Bändchen hat er trotzdem geschrieben. Es demonstriert, daß Political Correctness, wie auch andere Formen des Identitätsglaubens, dazu tendiert, sich von irritierender Erfahrung abzuschotten und von der Geschichte nichts lernen zu wollen, was sie nicht ohnehin schon zu wissen glaubt.

Political Correctness macht vor keiner literarischen Gattung halt, auch nicht vor dem Märchen. James Finn Garner, getrieben von einem Bedürfnis „to develop meaningful literature that is totally free from bias and purged from the influences of its flawed cultural past"[88], bringt einige Volksmärchen sprachlich und inhaltlich auf den politisch korrekten Stand. Von allen Literaturgenres bedürfen Märchen, mit ihrer gewalttätigen und Gewalt verherrlichenden Sprache, mit ihrem Kult der Ungleichheit, solcher Überarbeitung am dringendsten. Das Ergebnis ist umwerfend: In ihrer Not hat Esmeralda, die Tochter eines „economically disadvantaged"

86 Charles Churchyard: Arctic Critiques. O. O.: The Devil's Thumb Press 1992, S. 12–13.

87 Ebenda, S. 18 und S. 22.

88 James Finn Garner: Politically Correct Bedtime Stories. New York: Macmillan 1994, S. x.

Müllers, von einem „differently statured man" einen Rat angenommen, wie Stroh zu Gold zu spinnen sei. Die Anweisungen des Zwerges sind ein Lehrstück in ‚Alternativökonomie'. Nun, wo das alternative Leben blüht, kommt er zurück, um den vereinbarten Preis von Esmeralda zu fordern: das erstgeborene Kind. Aber Rumpelstilzchen unterschätzt den post-materialistischen Wertewandel, der mit der Etablierung einer ‚anderen' Ökonomie einhergegangen ist. Esmeralda „shot back at him, ‚I don't have to negotiate with anyone who would interfere with my reproductive rights!'"[89] Es kommt zu dem bekannten Wortwechsel, und sie rät den Namen des Mannes „of less than average height": „You are still wearing your name badge from the Little People's Empowerment Seminar"[90]. Die Prinzessin, befreit von sexistischer Bedrohung, zieht nach Kalifornien, um dort eine „birth control clinic" zu eröffnen, „where she showed other womyn how not to be enslaved by their reproductive system and lived to the end of her days as a ful-filled, dedicated single person." Im Lachen über die *Bedtime Stories* wird Political Correctness auf das reduziert, was es hoffentlich auch politisch einmal werden wird: Eine weitere Absurdität im an Absurditäten so reichen politischen Leben Nordamerikas.

Daß aber sendungsbewußte, machtpolitisch sensible soziale Bewegungen mit irrationalistischer Ideologie nach einer Weile wie ein Spuk einfach wieder verschwinden, darüber gab es schon mehr als einmal folgenreiche Fehleinschätzungen. Der Irrationalismus findet in einem in der populären Kultur Nordamerikas tief verankerten Kult von Schuld und Reinigung zu viele Ansatzpunkte, als daß man sich angesichts des gebotenen bunten Schauspiels entspannt und leidlich amüsiert zurücklehnen könnte.

89 Dieses und die folgenden Zitate aus *Rumpelstiltskin*, ebenda, S. 13–16.

90 Eines der Ziele der Welt-Bevölkerungskonferenz im September 1994 in Kairo war, nach dem englischen Schlußdokument, „female empowerment". Der Begriff erwies sich, so ein Artikel von Peter Waldman: Message lost in translation. In: The Globe and Mail vom 14. September 1994 (ursprünglich erschienen im *Wall Street Journal*), als in die anderen Kongreßsprachen nicht übersetzbar. Auch eine deutsche Übersetzung scheint mir nur möglich zu sein, wenn über einige Grundannahmen von Political Correctness vorher Verständnis erzielt worden ist.